

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

6.5.1865 (No. 107)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 6. Mai.

N. 107.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Str. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Frankfurt, 4. Mai. In der heutigen Bundestags-Sitzung war Großherzogthum Baden durch den Gesandten der sächsischen Häuser vertreten, da Hr. v. Mohl in seiner Eigenschaft als Mitglied der Ersten badischen Kammer augenblicklich in Karlsruhe weilte. Zur Anzeige kam, daß die Stimmführung in der 16. Kurie von Reuß j. J. auf Waldeck übergeht. — Reuß j. J. zeigt an, daß es die Nürnberg-Zufüge zur Wechselordnung annehme, Nassau, daß es dem in voriger Sitzung gefaßten Beschluß bezüglich der Einführung gleichen Wahses und Gewichtes nachträglich beitrete. Schließlich erfolgten Vorträge der Reklamationskommission und bezw. ablehnende Beschlüsse über Privatengagen, ohne politisches Interesse. Ueber die Reklamation des Hrn. v. Preusschen, betreffend verweigerten Eintritt in die nassauische Erste Kammer, wird in 14 Tagen abgestimmt.

Darmstadt, 3. Mai. Die „Hess. Ldsztg.“ sagt: „Der von dem Abg. Otto Hofmann I. erstattete Bericht über den Antrag des Abg. Mez wegen Ministeranfrage schließt mit dem Antrag: „Die Kammer wolle beschließen, dem Antrag von Mez und Genossen vom 26. April 1865, wie er gestellt ist, beizupflichten.“ Ein Mitglied des Ausschusses (Geh. Justizrath Hofmann) findet zwar ebenfalls die Konvention nicht im Einklang mit der Verfassung des Großherzogthums, ist aber dem Antrag nicht zustimmen, aus Gründen, deren Entwicklung sich dieses Mitglied für die Berathung vorbehält.“

Darmstadt, 3. Mai. (Fr. P.-Ztg.) Dem Vernehmen nach wird im Lauf der nächsten Woche der Schluß des Landtags erfolgen.

Hamburg, 2. Mai. Zur Charakteristik der Haltung Oesterreichs in der Schleswig-holsteinischen Frage veröffentlicht die „Hamb. Nachr.“ nachträglich folgenden Beitrag:

Vor einem Jahre fanden Baron Karl v. Scheel-Wlessen und Baron Blome-Hillgensteden in hohem Ansehen bei Oesterreich. Man wird sich erinnern, daß jene Herren mit einer Anzahl von Gefinnungsgenossen ein Memoire an den Grafen Rechberg eingereicht hatten, welches in drei Abschnitten ausführte: 1) die Einsetzung des Herzogs widerstreite 1) der Ehre (wegen des väterlichen Bezichts), 2) dem Rechte, 3) den Interessen des Landes. Auf diese Denkschrift erließ Graf Rechberg gerade vor einem Jahre an den österreichischen Ministerresidenten in Hamburg, Herrn v. Lederer, das nachfolgende, einer mittelmaßlichen Quelle jener Zeit entnommene Schreiben:

Wien, den 30. April 1864. Von Ew. Hochwohlgeboren Bericht Nr. 95 vom 23. d. M. und dem ihm beigelegten Memoire, welches den Ausdruck der rechtlichen Überzeugungen der H. H. Baron v. Scheel-Wlessen und Baron Blome-Hillgensteden und deren Gefinnungsgenossen über die dänische Erbfolgefrage enthält, haben wir mit dem lebhaftesten Interesse Kenntnis genommen. Dem Ihnen vom Erstgenannten dieser Herren ausgesprochenen Wunsch gemäß haben wir uns beilegt, diese vorerwähnte, mit unsern eigenen Rechtsanschauungen vollkommen im Einklang stehende Denkschrift an unsere Bevollmächtigten bei der Londoner Konferenz mit dem Auftrag gelangen zu lassen, hiervon den geeigneten Gebrauch zu machen. Auch haben wir für zweckmäßig erachtet, dies Allenfalls den kaiserl. Gesandtschaften bei den größeren deutschen Höfen zuzufügen, da wir die zuverlässigste Hoffnung hegen, daß die darin enthaltenen, wie uns bedünkt, namentlich in Bezug auf die Beleuchtung der Rechtsansprüche des Herzogs von Augustenburg geradezu unwiderleglichen Argumente, bei geeigneter Vorbereitung nur dazu dienen können, die speziell bezüglich dieses Punktes, selbst bei der Mehrzahl der deutschen Regierungen leider vorwaltenden irrigen Ansichten zu berichtigen. Inwiefern ich Ew. Hochwohlgeboren erlaube, den nächsten sich Ihnen darbietenden Anlaß zu ergreifen, um Herrn v. d. Scheel-Wlessen von dem Vorstehenden zu benachrichtigen, wollen Sie demselben zugleich unsere volle Anerkennung für diesen von ihm mit so viel Einsicht als Wuth unternommenen Schritt aussprechen und die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung empfangen. Gz. Rechberg.“

Berlin, 4. Mai. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Fortsetzung der Militärdelate.

Der erste Redner ist Graf Wartenstein. Er spricht für die dreijährige Dienstzeit. Das Ausgabe-Bewilligungsrecht, welches die Mehrheit in der Verfassung findet, findet er nicht in derselben, da sonst alle Macht in den Händen des Abgeordnetenhauses läge. Gegen die Ausführung, man müsse den Adel aus der Armee verdrängen, sagt er, damit würde man dem Adel einen Gefallen thun; derselbe habe schon seit Jahrhunderten sein Vermögen im Dienst des Königs geopfert.

Abg. v. Forenbeck (für den Kommissionsantrag). Das Schweigen des Kriegsministers zu dem Amendement Bonin zeigt dem Lande am deutlichsten, wie die Wirklichkeit hinter den verblüfflichen Worten der Regierung zurückbleibt. Der Redner will mit wenigen Worten seine und viele seiner Freunde Stellung zu dem Amendement bezeichnen. Das Amendement enthält in §. 3 eine vollständige Anerkennung der jetzt bestehenden Reorganisation, außerdem läßt dieser Paragraph die Gefahr der Vermehrung der Kavallerie offen. Der §. 2 macht es nicht klar, ob in den 160,000 Mann die jetzt 30,000 Mann betragende prima plana mit enthalten sei. Auf jeden Fall seien die Offiziere, die Ärzte, die Landwehrräume u. s. f. nicht darin enthalten; die Biffer für das bestehende Heer berechnet sich auf

195,000 Mann und differirt mit der jetzigen Stärke bei Durchführung der dreijährigen Dienstzeit um etwa 8000 Mann. Das Amendement ist also eine Anerkennung der Reorganisation und läßt höchstens eine Ermäßigung der Geldforderung zu. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß er und seine Freunde dem Amendement Bonin also nicht zustimmen können, ohne mit ihrer ganzen politischen Vergangenheit zu brechen. Das Volk, welches seine materiellen und politischen Interessen bei der Reorganisation kennt, hat uns durch die Wahlen den Auftrag gegeben, diese Interessen wahrzunehmen, und nur wenn man diesen Interessen wirklich entgegenkommt, ist eine Ausgleichung möglich. Das Volk wird sich fragen, weshalb der Kriegsminister nicht durch eine statische Denkschrift den Nachweis geführt hat, daß der Krieg in Schleswig-Holstein den Beweis geliefert habe, daß die Reorganisation wirklich gut und notwendig sei, und weshalb der Kriegsminister erst jetzt, nach fünfjährigem Streit, Stellen aus einer Denkschrift des Generals v. Bonin vorgelesen, und nicht die ganze Denkschrift, was besonders in Rücksicht auf das, was man über die Ansicht des Generals v. Bonin über die Reorganisation erzählt, wünschenswerth gewesen wäre. Der Konflikt ist nur zu lösen durch Rücktritt des Ministeriums oder durch Auflösung des Hauses.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird abgelehnt. Abg. Gaben gegen den Kommissionsantrag. Er hält den Feldzug in Schleswig-Holstein für den Beweis, daß die Reorganisation gut sei. Da dem Reorganisationsplan kein positiver Plan entgegengesetzt werde, so müsse man sich überzeugen, daß die Reorganisation angenommen werden muß.

Der Kriegsminister: Sein Schweigen über das Bonin'sche Amendement soll die Unverständlichkeit der Regierung beweisen; er habe darüber gesprochen, aber er habe keine Veranlassung gehabt, sich über ein Amendement, welches vielfach zurückgewiesen und nur wenig unterstützt worden, zu äußern; eben so wenig will er die heut geübte Kritik widerlegen. Was über die Mitteilung aus der Denkschrift des Generals v. Bonin gesagt worden ist, so muß er als unrichtig bezeichnen, daß in den fünf Jahren des Streits dieser niemals Erwähnung gesehen sei; im Jahr 1862 hat er schon wesentlich dasselbe, ja fast mit denselben Worten gesagt. Was die verlangte Denkschrift über den schleswig-holsteinischen Krieg anbelangt, so scheint ihm diese Anforderung keineswegs unbillig. In der schleswig-holsteinischen Armee, welche, abgesehen von Offizieren und Beamten, aus 55,000 Mann bestand, befanden sich gegen 37,000 Mann, die über 2 Jahre gedient hatten (9000 im 3., 10,000 im 4., 9000 im 5., 4000 im 6. und 7. u. f. f.), 17 bis 18,000, die aus jüngeren Jahrgängen bestanden, haben in Anlehnung an jene ihre Schuldigkeit gethan. Ohne dreijährige Dienstzeit wäre die Aussicht auf günstigen Erfolg nur durch die auf noch unpraktischeren Prinzipien beruhende Armee der Dänen gegeben gewesen. Da man aber nicht immer auf einen solchen Gegner rechnen kann, so muß die Regierung an der dreijährigen Dienstzeit festhalten.

Abg. Schulze-Delitzsch bezieht die Rede des Kriegsministers als weniger für das Haus als für das Land berechnet. Von den freiesten Staaten bis zu den Staaten mit Feudalständen gilt der Satz, daß, was der Staat zu seiner Erhaltung bedarf, er nur durch Bewilligung der Stände erhalten kann; die gesetzliche Regelung muß also stets der Mitwirkung der Stände überlassen werden. Die Stärke der Armee und die Stärke der Aushebung muß durch das Gesetz bestimmt werden, da die Belastung, welche dadurch dem Land auferlegt wird, sehr wesentlich verschieden sein kann, je nachdem man die eine oder die andere verändert. Der Redner wendet sich darauf gegen die Ausführung des Kriegsministers von der authentischen Interpretation der Gesetze durch den König; er meint, die Abwesenheit des Kaisers zu vertreten. Es ist eine Erklärung und Erläuterung des Konstitutionalismus durch den Absolutismus. Auf die Zweckmäßigkeit der Frage eingehend, meint er, es sei auch ohne Reorganisation eine größere Wehrfähigkeit des Landes zu erreichen; aber wenn man auch nicht dieser Ansicht sei, so müsse man sich doch fragen, ob der Weg, den die Regierung eingeschlagen, nicht bedenkllicher als alles Andere sei? Denn man macht, so zu sagen, auf diese Weise das Militär zum Staatsrecht selbst. Auf Einzelheiten übergehend, meint der Redner, die Erleichterung der letzten Jahrgänge der Landwehr sei nicht der Rede werth; denn wenn diese in Frage kämen, so sei die Noth so groß, daß man danach überhaupt nicht mehr frage. Die Erleichterung müßte sich in den ersten Jahrgängen zeigen, wenn sie wesentlich sein sollte. Wenn man weiter gegen die Verwendung der Landwehr von Seiten der Regierung dem Hause sein Recht der Geldbewilligung in Erinnerung bringe, so klinge das in diesem Augenblick wie Hohn. Der Redner beleuchtet darauf die finanzielle Belastung des Landes durch die Reorganisation. Wenn der Kriegsminister zum Beweis für den unerschütterlichen Kredit des Landes angeführt habe, daß der Regierung vortheilhafte Anleihen gemacht worden seien, nun so möge das Ministerium, welches seit Jahren ohne Budget mit dem Gelde des Landes wirtschaftet, jetzt auch nicht mit Anleihenforderungen kommen, sondern es möge diese Anleihen doch auf eigene Hand und eigene Verantwortung machen. Auf die Entwicklung der Militärfrage eingehend, sagt er, der Weg der vollendeten That, welchen die Regierung einschlägt, sei der Weg zum Absolutismus. Der Vorwurf, daß die Mehrheit die Desorganisation der Armee verlangt habe, sei durch nichts zu rechtfertigen. Nachdem der Kriegsminister sich über das Amendement Bonin nicht ausgelassen, würde er als Antragsteller es zurückziehen. Was die Partei anbetrifft, welche ein Interesse an Verlängerung des Konfliktes hat, so könne das liberale Partei nicht sein; es könne, da diese Frage doch einmal angeregt sei, nur die konservative sein, da die Regierung durch die Fortdauer

des Streites immer mehr in die Arme derselben getrieben werde. Dem Kriegsminister muß man dafür dankbar sein, daß er durch seine Offenheit dem Lande klar und deutlich gezeigt hat, daß wir hier, wenn wir gegen die Staatsregierung kämpfen, für Recht und Verfassung kämpfen. Will das Volk diesen Kampf nicht aufrecht erhalten, so mag es andere Männer als uns herschicken; wir wollen weder mit der Zukunft unseres Volkes noch mit unserer Vergangenheit brechen. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Richthofen gegen den Kommissionsantrag. Der Redner spricht unter großer Unaufmerksamkeit und Unruhe des Hauses, so daß er auf der Journalistentribüne schwer verständlich ist. Ein wiederholter Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Es erhält das Wort der Abg. Fauscher für den Kommissionsantrag. Er spricht aus, daß von ihm und seinen Freunden das Bonin'sche Amendement nicht für annehmbar, sondern für brauchbar als Unterhandlungs-Grundlage angesehen werde. Dazu müsse aber die Regierung erklären, daß sie diese Unterhandlungs-Grundlage annehme. (Schluß folgt.)

Berlin, 4. Mai. Wie verlautet, ist die Regierungsvorlage in Betreff der vorjährigen Kriegsführung nunmehr zur Einbringung beim Landtage fertig. Dieselbe hat die Genehmigung Sr. Maj. des Königs bereits erhalten. Das in einigen Blättern umlaufende Gerücht, die dem Kriegskosten-Nachweis beigegebene Denkschrift über den politischen Verlauf der Herzogthümerfrage habe bei den Schlußberathungen des Staatsministeriums über diese Vorlage durchgreifende Aenderungen erfahren, wird von wohlunterrichteter Seite als grundlos bezeichnet.

Dem Vernehmen nach wird Sr. Maj. der König auf seiner Reise nach dem Rhein am 13. d. M., Abends, mit Ihrer Maj. der Königin in Düsseldorf zusammentreffen; dort hält höchstwahrscheinlich am 14. Morgens eine Parade ab und begibt sich dann mit der Königin nach Aachen. Am 16. früh verlassen beide Majestäten Aachen wieder, um nach Köln zu reisen, wo bekanntlich an diesem Tage die feierliche Grundsteinlegung zu einem Königsdenkmal stattfindet. — Der königl. Generaladjutant General der Infanterie, v. Reumann, ist in Folge eines Schlaganfalls schwer erkrankt. Man zweifelt an dem Wiederaufkommen des hochbetagten Generals. — Gestern verstarb hier nach schweren Leiden der k. bayrische Zollvereins-Bevollmächtigte, Ministerialrath v. Reichert. Die offizielle „Provinzialkor.“ bringt einen längeren Aufsatz folgenden Inhalts:

Der Antrag Preussens, das schleswig-holsteinische Volk zu befragen, ist von Oesterreich angenommen worden; der Wahlmodus ist noch unbestimmt. Die preussische Regierung wünscht, daß die Ständesammlung der Herzogthümer sich nicht über die Finanzlage allein, wie irrthümlich geglaubt worden, sondern auch über alle Fragen äußern solle, welche auf die Zukunft der Herzogthümer Bezug haben, obwohl derselben allein entscheidende Bedeutung nicht zuzumessen sei. Sie hofft, daß die unerlässlichen Forderungen, welche sie als die Vorbedingung jeder Lösung der Herzogthümerfrage festhält, in ihrer Berechtigung und Nothwendigkeit im Interesse der Herzogthümer auch von der Vertretung derselben bereitwillig anerkannt werden.

Wien, 4. Mai. (Fr. P.-Z.) Wie aus Rom gemeldet wird, ist Hr. Vegezzi zur Ergänzung seiner Instruktionen nach Turin gereist. Der Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Papst und Victor Emanuel ist so gut wie gesichert.

Italien.

* Rom, 29. Apr. Dem Pariser „Monde“ meldet man Folgendes: Die Römer sind fortwährend in sehr großer Spannung wegen der Mission der H. H. Vegezzi und Marzio, welche über die Besetzung der italienischen Bischofs-sitze unterhandeln. Die Frage ist bereits im Prinzip ungefähr geregelt, und man verhandelt jetzt über die Einzelheiten der Ausführung. Pius IX. hat allein die Initiative dieser Verhandlungen ergriffen und wollte, daß seine Minister in dieser Sache durchaus von der Politik und von der Eigenschaft der unterhandelnden Theile absehen sollten.

Leute, denen Nichts genügen kann — sagt das Pariser ultramontane Blatt bei — und deren Gohheit darauf ausgeht, Allem, was es nur Erhabenes gibt, zum Nachtheil zu gerathen, erlirte Neapolitaner besonders, sehen mit großem Mißfallen diese Unterhandlungen, schreien, daß die Kirche die großen Prinzipien aufgeben, und daß die Rechte der italienischen Kronen verletzt sind. Man muß sie sprechen lassen. Der König von Neapel, dessen Bestand durch das Eril gereift worden ist, ist weit davon entfernt, diese thörichten Leidenschaftlichkeiten zu theilen, und freut sich darüber, zu sehen, daß der Papst den Anordnungen im Königreich beider Sizilien einen Zügel anlegt.

Frankreich.

* Paris, 4. Mai. Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers vom 3. Mai.

Gestern begann die Diskussion über den Gesetzentwurf, welcher das Kontingent für 1866 auf 100,000 Mann festsetzt. Von konservativer wie von oppositioneller Seite werden Stimmen laut, welche eine Verminderung dieses Kontingents, im eventuellen Fall um 20,000 Mann, verlangen.

Zules Framme, der der Majorität angehört, macht auf die Uebereinstimmung der sonst so scharf entgegengesetzten Parteien aufmerksam und erhebt gegen die Linke den Vorwurf der Inkonsistenz, da sie kürzlich erst durch Jules Favre von der Regierung eine

entschiedener auswärtige Politik zu Gunsten Italiens, Polens und Dänemarks verlangt habe und nun eine Verminderung des Effectivbestandes der Armee beantrage. Die Regierung könne aber nicht heute nach dem Wunsch der Opposition die Armee vermindern und morgen, ebenfalls nach dem Wunsch der Opposition, den Krieg erklären. Wolle sie die von der Opposition anempfohlene Politik befolgen, so müßte das Contingent für 1866 keine 100,000, geschweige 80,000, sondern 140,000 Mann betragen. Jules Brame aber und seine Freunde wollen keinerlei Intervention, sondern mögliche Aufrechterhaltung des Friedens unter den europäischen Nationen, darum aber auch ein niedrigeres Contingent, als das von 100,000 Mann. Letztere Zahl sei schon darum zu hoch gegriffen, weil Frankreich in Bezug auf die Vermehrung der Bevölkerung durch Geburten statistisch nachweisbar unter allen Staaten Europa's den vorletzten, Oesterreich den letzten Rang einnehme. Außerdem sei die Lage der Dinge derart, daß man wohl 20,000 Mann weniger als früher unter den Waffen halten könne. Sei etwa nicht die italienische Frage durch die Convention vom 15. Sept. gelöst, die polnische vorläufig beseitigt? Gebe sich nicht ein Anfang von Spaltung zwischen Oesterreich und Preußen kund, was in jeder Beziehung Frankreich wesentlich angenehm sein müßte? Habe nicht die Regierung selber die Rückkehr von 10,000 Mann aus Mexiko in Aussicht gestellt, die man das nächste Jahr wohl auch entbehren könne, da sie dieses Jahr für Frankreich nicht notwendig gewesen seien. Oesterreich gebe mit dem Gedanken um, in Böhmen zu entzweigen; in Preußen bestehe ein großer und jäher Konflikt, um eine Verminderung des lebenden Heeres zu erlangen. Italien müsse schon seiner Finanzen wegen auf seine Ansprüche verzichten; Spanien gebe San Domingo, und in England prebige man auf allen Dächern Entlassung und Frieden. Warum also, da die auswärtige Politik Frankreichs mit so großer Weisheit geleitet werde und kein schwarzes Wolken sich am Horizont zeige, immer noch ein so bedeutendes Contingent beibehalten? Die acht ersten Staaten Europa's unterhielten gegenwärtig 5,501,515 Soldaten, wofür jährlich mehr als 3 Milliarden Franken ausgegeben werden müßten. Europa gleiche wirklich einem durchaus kräftigen Mann, der seine Gesundheit durch stete Angst vor dem Tode untergrabe. Schließlich lenkt der Redner die Aufmerksamkeit der Kammer auf den Ackerbau und auf das dringende Verbot, einen Theil der Arbeitskraft und des Kapitals, die sich jetzt mit ganz besonderer Vorliebe den großen Städten zuwenden, wieder auf das flache Land zurückzuführen. Zu diesem Zweck muß ein Friebsbügel, eine Vorkehrung für den Ackerbau, aber nicht nach dem Muster des Cred. foncier geschaffen, müssen Eisenbahnen, Kanäle und Bivalwege ausgebaut, die Transporttarife und die Einregistrierungsgebühren herabgesetzt werden etc.

Nach J. Brame spricht ein anderes Mitglied der Majorität, H. Antjen, ebenfalls gegen ein Contingent von 100,000 Mann. Es sei nichts weniger als nachgewiesen, daß man zum Schutz des Landes stets 600,000 Mann zur Verfügung haben müsse. Warum frage man hierüber stets nur bei Militärs von Fach, nicht bei den Freunden des Friedens und den Finanzleuten an. Die Stärke eines Heeres könne nie absolut festgestellt werden, sondern sie werde ja bedingt von der politischen Lage des Landes, von der aus dem Kriegsbudget erwachsenden Finanzlast, und von der Vergleichung der eigenen Wehrkraft mit der der Nachbarländer. Von keinem dieser drei Standpunkte aus findet der Redner den gegenwärtigen Effectivbestand gerechtfertigt, zum Theil aus den schon von J. Brame geltend gemachten Gründen. Nicht allein für Frankreich, sondern für alle übrigen Staaten sei der hohe Effectivbestand der französischen Armee ein finanzielles Unheil. Die großen Armeen — erklärt Hantjen schließlich — sind eine Ursache des Ruins für Europa; sie schaden der geistlichen Entwicklung unseres Landes, sie sind eine Verlegenheit für die Regierung des Kaisers, und da ich das Gedeihen Frankreichs und der Dynastie innigst wünsche, so werde ich stets für alle Maßregeln stimmen, welche eine Verminderung unserer Armeestärke bezwecken.

Baron Trarot hält als Berichterstatter der Kommission den Gesetzentwurf aufrecht, ohne weitere Gründe dafür anzuführen, als daß Frankreich wegen seiner ausgedehnten Grenzen und seiner zahlreichen Nachbarn eine schnell zu mobilisierende und leicht zu theilende Armee haben müsse, die sich nach Bedürfnis schnell und leicht ausdehnen und verkleinern lasse.

Magnin spricht für das von der Opposition eingebrachte Amendement, das eine jährliche gesetzliche Feststellung der Loskaufsumme fordert, sowie für ein anderes, das die Zahlung dieser Loskaufsumme in zwölf Monatsraten gestalte. Louvet bekämpft beide Amendements.

Garnier Pagès ergreift nun das Wort, um vom allgemeinen politischen Standpunkt aus die Frage der Verminderung der lebenden Heere überhaupt zu behandeln. Zunächst sucht er die Widersprüche zu erklären, welche zwischen der Haltung der Opposition in der Nationalität und ihrer Haltung in der Armeefrage bestehen. Wenn man den Nationalitäten zu Hilfe kommen wolle, gut, so möge man Krieg führen; gebe man aber die Nationalitäten auf, wie man dies in Bezug auf Polen und Dänemark gethan, so möge man auch vollständig und ehrlich entwaffnen. Eine Thüre muß entweder offen oder zu sein, meint Garnier Pagès. Aber die gegenwärtige Politik, die weder zum Vorthell der Nationalitäten interveniren, noch zum Vorthell aller materiellen Interessen entwaffnen wolle, sei eine verkehrte und schädliche. Welches Volk könne Frankreich verhindern, die Bahn der Militärreform zu betreten? Weder England, noch Spanien, noch Italien, noch Oesterreich, dessen ebenso wie Italiens Finanznoth der Redner in den schwärzesten Farben ausmalt, noch auch Preußen, über dessen Verfassungskampf er sich näher ausläßt, weil derselbe sehr ernst und das Verhältnis zwischen Regierung und Volk äußerst gespannt ist. Nachdem er kurz das frühere Heer- und Landwehrsystem auseinandergesetzt, glaubt er die jetzt zwischen Krone und Parlament schwebende Frage also zusammenfassen zu können. Uebrigens weist der Redner darauf hin, daß, wenn alle Kräfte in dem lebenden Heere beruhen und die Nation entwaffnet sei, ein großer Tag des Unheils, ein zweites Waterloo immer hereinbrechen könne, und es werde dann das Staatsoberhaupt in der Verbannung bitter bereuen, die Nation nicht bewaffnet zu haben. Sich einzig auf ein stehendes Heer zu verlassen, sei stets eine große Gefahr.

Graf Caffarelli: Die französische Armee ist die Nation!
J. Favre: Allons donc!
E. Picard: Sie müßte es sein!
Gug. Belléan: War sie es vielleicht im Jahr 1830?
In diesem Ton kreuzen sich die Unterbrechungen. Hr. Belmontet hält die Armee sogar für die Elite der Nation; Garnier Pagès erklärt, das Volk in Waffen soll die Armee sein etc., und bekräftigt schließlich in nachdrücklichster Weise das Amendement, welches das Contingent für 1866 von 100,000 auf 80,000 Mann heruntersetzen will.

Calvet-Rogniat vertheidigt in längerer Rede, ohne jedoch etwas Anderes vorzubringen, als was General Alard bereits seit dem Bestehen des Gesetzb. Körpers alljährlich wiederholt, den Gesetzentwurf gegen alle Anfechtungen, die er von den verschiedensten Seiten aus erlitten hat, und schließt mit einer schwungvollen Rede auf die erste aller zivilisirten Armeen; denn die Soldaten — ruft er — welche die Engländer bei Inkerman gerettet, welche die Schrecken an der Alma, bei Magenta und Solferino gewonnen, sind die ersten Soldaten der Welt!

Paris, 4. Mai. Der „Abend-Moniteur“ bringt zwei Depeschen über die Reise des Kaisers. Die erste aus der Bucht von Palma vom 2. d., Mittags, meldet, daß der Kaiser auf dringendes Ansuchen der Behörden aus Land stieg, um die berühmte Domkirche zu besichtigen; — die zweite aus Algier, 3. d., 1/2 2 Uhr, lautet: „Der Kaiser ist so eben in Algier gelandet. Ein Empfang voller Begeisterung ist Sr. Maj. in der Stadt und in der Kirche geworden. Die Behörden wurden sofort zugelassen, um ihm ihre Huldigungen darzubringen. Die Gesundheit des Kaisers ist fortwährend ausgezeichnet.“

Man sagt, der „Moniteur“ werde ein (angeblich) von Hrn. v. Persigny an den Kaiser gerichtetes Schreiben aus Rom über die päpstlich-italienischen Verhandlungen veröffentlichen. Es geht das — von der „Judée“ belg.“ gleichfalls aufgenommen — Gerücht, daß der Kaiser auf der Rückkehr von Algier mit dem Panzergeschwader nach Civita-Vecchia kommen und dem Papst einen Besuch abstatten werde. (?) — Die „Patrie“ widerlegt heute endlich das Gerücht von beabsichtigter Uebertragung der Souveränität über die algerischen Südpervenzen. Die mit Abd-el-Kader gepflogene Korrespondenz habe sich lediglich auf einen Besuch des Emirs in Frankreich bezogen, wo er im Juni oder Juli eintreffen werde.

Die englische Bank hat ihren Disconto auf 4 1/2 Proz. erhöht, die Bilanz der französischen Bank dagegen ergibt eine Zunahme des Metallvorraths um 9 Millionen; daher eine relative Festigkeit der Werte. Rente 67.40, Mob. 772.50, ital. Anl. 65.50. Die Subskription auf die Erlanger'sche 5proz. türkische Anleihe wurde, wie man sagt, von der Regierung nicht erlaubt.

Belgien.

Brüssel, 4. Mai. (Sch. W.) Der König befindet sich weniger gut. Die Nacht war sehr unruhig.

Großbritannien.

London, 3. Mai. Parlamentsverhandlungen vom 2. Mai.

Unterhaus. Kapitän Jervis lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die von Offizieren des ehemaligen ostindischen Heeres eingereichten Petitionen. Das Haus werde sich erinnern, daß im vorigen Jahr in Folge einer im Lauf der Session stattgehabten Diskussion der Staatssekretär für Indien erklärt habe, es sei seine Absicht, die Vorschläge, welche in dem Gutachten der königl. Kommissäre enthalten seien, deren Aufgabe es gewesen, die von Offizieren des indischen Heeres vor das Haus gebrachten Beschwerden zu prüfen, in ihrem vollen Umfang zur Ausführung zu bringen. Nach einer solchen Zustimmung sei es eine sehr ernsthafte Sache, wenn nicht weniger als 750 Offiziere, vom General an bis zum Subalternoffizier, sich in Petitionen an die Regierung wenden und sie zur Erfüllung ihrer Versprechen aufforderten. Als das Heer der alten ostindischen Kompagnie mit dem königl. Heer verschmolzen worden, habe man an dem in Indien geltenden Grundsatz des Avancements nach der Anciennetät festgehalten, d. h. prinzipiell. In der Praxis sei dieser Grundsatz jedoch sehr häufig verletzt worden und würde noch immer sehr häufig verletzt. Es sei das eine Mißachtung feierlicher Versicherungen und bilde einen der hauptsächlichsten Beschwerdepunkte in den Petitionen der indischen Offiziere. Schließlich stellt er den Antrag, eine unterthänige Adresse an die Königin zu richten, mit der Bitte, daß sie kühnlich gerufen möge, allen den Beschwerden indischer Offiziere abzuhelfen, von welchen die mit Begutachtung der Denkschriften indischer Offiziere betraute Kommission eingeräumt hat, daß sie ihren Ursprung in der Nichtbeachtung der vom Parlament durch 21 und 22 Vic., Kap. 106, und 23 und 24 Vic. Kap. 100 ertheilten Versicherungen haben.

Der Staatssekretär für Indien, Sir C. Wood, vertheidigt das ganze Verfahren, welches die Regierung bei Verschmelzung des indischen Heeres mit dem königl. Heer beobachtet habe. Was die Verschmelzung selbst betreffe, so werde gegen sie keine Beschwerde erhoben; aber auch bei ihrer Ausführung, behaupte er, sei keine Ungerechtigkeit begangen worden. Zunächst seien alle Offiziere, die in das königl. Heer eingetreten seien, freiwillig eingetreten und dadurch zu höherer Lage wie rascherem Avancement gelangt. In Bezug auf beide Punkte seien diese Offiziere jetzt besser gestellt, als sie je zuvor gewesen. Er gittir bestimmte einzelne Fälle, um zu beweisen, daß Offiziere unter dem gegenwärtigen System weit schneller zu hohen Rangstufen emporgestiegen seien, als dies im Heer der ostindischen Kompagnie möglich gewesen wäre. Die nach dem indischen Aufstand vorgenommene Reduktion des einheimischen indischen Heeres habe notwendig eine Reduktion in der Zahl der Offiziere mit sich gebracht. Allein jene Maßregel sei unerlässlich gewesen, da die Hauptquelle der Gefahr in dem einheimischen Heer bestanden habe. Niemand könne der alten indischen Regierung das Recht abstreiten, einen solchen Schritt zu thun, und ihrer Maj. Regierung habe nicht nur die Befugnis besessen, jenes Heer zu reorganisiren, sondern auch gefühlt, daß es ihre Pflicht sei. Sie habe daher das einheimische Heer um 130,000 Mann oder 101 Regimente vermindert. Die ostindische Kompagnie habe niemals eine bedeutende Verringerung ihres Heeres eintreten lassen, und daher habe ihr die Stellung der Offiziere auch keine Verlegenheiten bereitet; aber er stelle in Abrede, daß die Kompagnie unter allen Umständen verpflichtet gewesen sein würde, den entlassenen Offizieren ihre volle Lage zu zahlen. Und doch seien in Wahrheit die Staatseinkünfte Indiens durch die Reduktion des einheimischen Heeres um mehr als 250,000 Pf. St. härter belastet worden, als dies früher der Fall gewesen sei. Daß diese Neuerungen viele Unzufriedenheit erzeugt hätten, gebe er zu; allein er behaupte zuversichtlich, daß die von der Regierung getroffenen Maßregeln der großen Masse der Offiziere sowohl in Bezug auf Avancement, wie in Bezug auf Lage zum Vortheil gereicht hätten.

Nachdem sich noch Oberst Sykes und Smollett im Allgemeinen mißbilligend über das Verhalten des Parlaments den indischen Offizieren gegenüber ausgesprochen haben, kommt es zur Abstimmung, für den Antrag sind 49 Stimmen, gegen denselben 36; Majorität gegen die Regierung 13.

London, 4. Mai. (W. T. B.) Die Königin Victoria beantwortete das Gesuch beider Häuser des Parlaments in Betreff einer Beileidsadresse an die Unionsregierung dahin: Ich theile vollständig Ihre mir eben ausgesprochenen Gefühle bezüglich der Ermordung des Präsidenten Lincoln. Ich habe meinen Gesandten in Washington beauftragt, der nordamerikanischen Unionsregierung Ihre gemeinsam mit mir und meinem edeln Volk in Betreff dieses bedeutsamen Ereignisses gehegten Gefühle mitzutheilen.

Amerika.

Neu-York, 19. Apr. Die Kapitulation der nordvirginischen Armee hat dem Ausgang des amerikanischen Bürgerkrieges das Siegel aufgedrückt, und die erste Zusammenkunft der beiden feindlichen Heerführer, in welcher die vorhergegangenen schriftlichen Verhandlungen zum thatsächlichen Abschluß gebracht wurden, wird daher einen hervorragenden Platz nicht nur in den Annalen der amerikanischen Republik, sondern ebensowohl in der Geschichte der Menschheit behaupten. Von der Erbitterung, welche zwischen Süden und Norden herrscht, war diese wichtige Begegnung der Generale frei; die würdige Haltung, das offene Auftreten, welches sie kennzeichnete, macht dem siegreichen wie dem besiegten Feldherrn Ehre.

Als Zusammenkunftsort war die Wohnung eines Bürgers der Stadt Appomatox, Hrn. Wilmer McLean, verabredet worden. Um 2 Uhr am Nachmittags des 9. April trafen die Generale sich an diesem Ort, beide in vollr Uniform, Lee begleitet von seinem Generaladjutanten General Marshall, Grant von einem seiner Flügeladjutanten, Obersten Parter. Der Sieger hatte die Waffenstreckung des Besiegten schon seit mehreren Tagen erwartet und vorher schon beschloffen, von den Förmlichkeiten, welche eine derartige Verhandlung zwischen den Armeen fremder Nationen begleitet, Abstand zu nehmen; nicht vergessend, daß die geschlagenen Truppen sich auch Kinder der großen amerikanischen Republik nennen dürften, und deshalb nicht gewillt, ihnen nur um der Demüthigung willen erniedrigende Bedingungen aufzuerlegen. Nach freundschaftlicher Begrüßung wandten sich die Generale sofort ihren Geschäften zu. General Lee bezeichnete die Forderungen als sehr milde und erklärte, er wolle die Einzelheiten gern der Entscheidung Grant's überlassen. Letzterer wiederholte nun die von ihm gestellten Bedingungen: Auslieferung der Waffen, der Artillerie, der Munition und der Vorräthe; die Offiziere sollten ihre Seitengewehre und ihre persönlichen Effecten behalten. General Lee gab unverzüglich seine Zustimmung und das Aktenstück erhielt um halb drei die Unterschrift Lees. Es spannte sich hieran eine Erörterung über den Umfang des Ausdrucks „persönliche Effecten“, und Grant willigte darein, daß diejenigen Kavalleristen, welche ihre eigenen Pferde ritten, diese behalten sollten, um ihre Acker wieder pflügen zu können. Mit dieser hochherzigen Auslegung erklärte sich General Lee höchst zufrieden und fügte hinzu, daß sie eine sehr gute Wirkung haben werde. Er drückte zugleich den Wunsch aus, daß jedem seiner Soldaten ein Parolschein gegeben werde, den er nöthigen Falls vorzeigen könne, um sich bis zu geschehenem Austausch vor neuer Heranziehung zum Militärdienst zu bewahren. General Grant gewährte dies gern und ließ sofort die Felddruckpresse zur Beschaffung der erforderlichen Scheine in Thätigkeit setzen. Was die Stärke der ihm gebliebenen Armee betraf, so konnte Lee keine genaue Auskunft geben. In den letzten Tagen — sagte er — seien so viele Gefechte vorgekommen, so schwere Verluste durch Desertion und andere Ursachen herbeigeführt worden, und der Rückzug sei so häufig gewesen, daß die regelmäßigen Morgenberichte, seitdem er Petersburg verlassen, ihm nicht mehr eingereicht worden seien. Seine Truppen hätten jetzt großen Mangel an Lebensmitteln, fügte er hinzu, worauf Grant Befehl gab, denselben 25,000 Rationen auszubetheln.

Hiermit endete die Unterredung. Während derselben waren mehrere Offiziere der Bundesarmee ins Zimmer eingetreten, unter ihnen die Generale Ord, Sheridan, Inglis, Kapitän Lincoln, und dem General Lee, welcher gegen ihre Anwesenheit nichts einzuwenden hatte, vorgelassen worden. Von Appomatox begab sich Lee nun in sein etwa eine halbe Meile entferntes Lager, wo seine höheren Offiziere ihn erwarteten. Er kündigte ihnen das Resultat der Zusammenkunft an, und Alle drückten ihre Befriedigung mit den milden Bedingungen aus. Sie traten darauf Einer nach dem Andern in ihrer Rangfolge zu ihm heran und reichten ihm die Hand zum Abschied, die Weisten zu Thränen gerührt. Von den Truppen, welchen er die Kapitulation angezeigt, wurde der General mit lautem Beifall empfangen.

Während der Nacht wurden beiderseits Offiziere zur Ausführung der Uebergabe ernannt und angewiesen, bei den Generalen Grant und Lee auf einem nahe bei Appomatox gelegenen Hügel zu berichten. Denn hierhin hatten die beiden Heerführer sich eine zweite Zusammenkunft auf den folgenden Morgen (10. Apr.) 10 Uhr verabredet. Grant, Sheridan, Ord, Griffin, Gibbon waren schon dort mit ihren Stäben versammelt, als General Lee mit einem Ordonanzoffizier heranritt. Grant ritt ihm eine Strecke entgegen und es entspann sich eine Unterhaltung, welche bis zum Erscheinen der berichterstattenden Offiziere um 11 Uhr dauerte. Die Generale hielten ruhig neben einander mit ihren Pferden und sprachen in offener Weise über Vergangenes und Zukünftiges. Lee glaubte, daß, wenn Grant vor einigen Wochen dem Vorschlag einer persönlichen Zusammenkunft beigetreten wäre, schon damals der Friede das Resultat gewesen sein würde. Die Offiziere der nordvirginischen Armee waren alle der Meinung, daß Johnston sich ohne Schwertstreich an Sherman ergeben würde, sobald er von Lees Kapitulation hören sollte.

Neu-York, 22. Apr. (Per „Edinburgh.“) Am Mittwoch den 19. hat in Washington das Leichenbegängniß des Präsidenten Lincoln stattgefunden, unter ungeheurer Theilnahme der Bevölkerung. Ein langer Trauerzug folgte dem Sarg; an der Spitze Präsident Johnson, General Grant, General Butler, Admiral Farragut, die ausländischen Gesandten u. A. m. Alle Kaufleuten waren geschlossen; so auch

in New-York und überhaupt im Norden. Die größern Städte der britischen Provinzen beteiligten sich gleichfalls durch Schließung der öffentlichen Gebäude und zeitweilige Geschäftseinstellung an der allgemeinen Trauerfeierlichkeit. Die Leiche ist auf dem Transport nach ihrer letzten Ruhestätte in Illinois am 21. in Baltimore angekommen, dort auf einige Stunden aufgestellt und nach Harrisburg gebracht worden. Wo sie passierte, gaben sich überall die unverkennbarsten Zeichen des Schmerzes und der Verehrung kund.

Hr. Seward ist auf dem Weg der Genesung. Das gestrige Bulletin des Generalchirurgs berichtet, daß der Minister nach ruhiger Nacht frei von Fieber gewesen und daß die Wunden in der Heilung begriffen seien. Auch seines Sohnes Friedrich Befinden ist zufriedenstellender. Als an dem Washingtoner Attentat verdächtig werden G. Agerat und David C. Harot genannt. Ueber den Menschen, der wegen des Mordversuchs gegen Hr. Seward verhaftet worden ist, wird noch nichts Näheres bekannt gemacht. Hr. Stanton appelliert an alle Bürger, zu der Herbeischaffung der Schuldigen mitzuwirken, und warnt vor der Unterstützung oder Bergung derselben, da dieselbe als ein todeswürdiges Verbrechen zu behandeln sein würde. Das Verhör einiger in Washington verhafteten Individuen hat als sehr wahrscheinliches Resultat ergeben, daß die Mordanschläge auch gegen den Senator Sumner gerichtet werden sollten. Die Angabe, daß in Richmond die parolirten südstaatlichen Offiziere in Haft genommen worden seien, stellt sich als unrichtig heraus; auch Richter Campbell und Mayor Mayo waren in Freiheit. Die in Point Look-out detinirten südstaatlichen Kriegsgefangenen haben in Resolutionen ihren Abscheu gegen die Ermordung Lincoln's ausgesprochen. — Während der Krankheit Hr. Seward's — heißt es jetzt — soll Hr. Preston-King, nach Andern Hr. Karl Sumner als Staatssekretär fungiren.

Deputationen aus verschiedenen Staaten haben dem Präsidenten Johnson ihre Aufwartung gemacht; der Präsident wiederholte seinen Wunsch, daß Verrath das größte Verbrechen sei und als solches bestraft werden müsse; doch gab er keinen bestimmten Aufschluß über seine künftige Politik. Der „New-York Herald“ ist der Meinung, Johnson werde dem Ausland gegenüber eine stärker auftretende und weniger nachgiebige Politik annehmen, als sein Vorgänger; er habe sich schon an die Monroe-Doktrin gebunden. Der neue britische Gesandte, Sir Frederik Bruce, hat dem Präsidenten seine Beglaubigungsschreiben eingereicht, ihm sein tiefes Bedauern über Hr. Lincoln's Tod auszusprechen und hinzuversetzen, wie sehr es der Königin am Herzen liege, die freundschaftlichen Beziehungen mit Amerika zu hegen. Hr. Johnson drückte dem Gesandten seine Freude über die Gesinnungen Ihrer Majestät aus und erklärte, Zivilisation und die Menschheit im Allgemeinen verlangten Freundschaft zwischen England und Amerika. Es sei ihm stets eine große Genugthuung gewesen, zu wissen, daß die Königin sich den Vereinigten Staaten von je her als eine aufrichtige Gönnerin bewiesen habe.

Auch die südstaatlichen Generale Mosby und Rosser sollen sich jetzt ergeben haben. Offizielle Berichte setzen die Zahl der von Lee übergebenen Truppen auf 26,000 Mann mit 159 Kanonen fest. In Selma hat Wilson 2000 Mann gefangen genommen und 100 Geschütze erbeutet; auch Columbus und Montgomery sind von der Thomas'schen Kavallerie besetzt worden. General Ord kommandirt jetzt an Gilmore's Stelle in Charleston, Halleck in Richmond.

— Aus Rio de Janeiro vom 9. April wird gemeldet: „Der Kongreß von Paraguay hat den General Lopez zum Generalführer ernannt und die Ermächtigung zum Abschluß einer Anleihe von 25 Millionen Pfster erteilt; 20,000 Mann der Republik Paraguay drohen mit einem Einfall in das Gebiet der Argentinischen Republik. Die Banken von Montevideo sind zur Wiederaufnahme der Baarzahlungen ermächtigt worden.“

Mexiko, 2. Apr. Die Maßnahmen der kaiserl. Regierung in Betreff der geistlichen und Klostersgüter werden in Europa meist ganz unrichtig aufgefaßt und beurtheilt. Es herrscht nämlich die Ansicht vor, daß die Säkularisation dieser Güter eine von dem Kaiser Max theils aus Finanznoth, theils aus anderen Gründen neuerdings verfügte Maßregel sei, deren materielle Vortheile für die Staatskasse wesentlich auf die Entschließung der kaiserl. Regierung in fluiert hätten. Die Sache liegt aber durchaus anders. Einer ausführlichen Darstellung des Sachverhalts in der „Nat.-Ztg.“ entnehmen wir Folgendes:

Die Säkularisation und demnachstige Veräußerung der Kirchengüter wurde zuerst befreit und in Vollzug gesetzt, während der Präsidentschaft Comenfort's, durch Gesetz vom 26. Juni 1856, und später definitiv geregelt und in großartigem Maßstabe zur Ausführung gebracht, unter Juárez, laut Gesetz 12/13. Juli 1859, welches der Minister Lerdo de Tejada, eine der bedeutendsten Kapazitäten der liberalen Partei, entworfen hatte. Gerade dieses Gesetz und dessen rückfichtlose Durchführung (in der Hauptstadt waren sämtliche Kirchengüter wenige Monate nach dem Eintritte Juárez im Jahr 1861 verkauft und fast alle Klöster demolirt) war der Preis, um den Liberale und Klerikale blutige Kämpfe schlugen, deren Erfolglosigkeit die ultramontane Partei schließlich veranlaßte, durch Vermittlung des französischen Gesandten Dubois de Cassagny ihr Heil beim Kaiser von Frankreich und in der französischen Intervention zu suchen. Der Verkauf, den letztere genommen, ist zur Genüge bekannt. Als Kaiser Maximilian den mexikanischen Boden betrat, war die Säkularisation der Kirchengüter eine vollendete Thatsache, und nur eine politische Partei wie unsere Klerikale konnte sich von Anfang an der verblendeten Hoffnungen hingeben, daß die kaiserl. Regierung ihr verlorene Besitzthümer, die heute sich durch Kauf und Verkauf schon in dritter und vierter Hand befinden, wieder zurückzuerhalten würde. Diese Zurückhaltung dürfte schwerlich jemals in der Absicht des Kaisers gelegen haben, und wenn derselbe vor seiner Ueberflutung nach Mexiko Rom besuchte und dort Verhandlungen über diesen Gegenstand stattgefunden haben, die jetzt an der Wiederbarkeit des päpstlichen Konzils gescheitert sind, so dürften sich dieselben schwerlich um etwas Anderes gehandelt haben, als die Gewissen der hiesigen Klerikale durch eine

päpstliche Sanktion der vollendeten Thatsache der Säkularisation zu beschwichtigen und dieser Partei jeden Vorwand zur Geltungmachung ihrer maßlosen Ansprüche zu nehmen. In dieser Lage befand sich die kaiserl. Regierung, als sie den Ausweg erwählte, durch das bekannte Dekret die Säkularisation der Kirchengüter, wie solche ihr von der Republik als vollendete Thatsache überkommen, einfach anzuerkennen und nur eine allgemeine Revision der statigefundenen Käufe und Amortisationen anzuordnen. Daß aus letzterer ihr ein bedeutender oder nur der Rede werther finanzieller Vortheil erwachsen sollte, ist kaum zu erwarten. So liegt heute die Sache.

Durch kaiserl. Dekret vom 3. März wird, statt der früheren republikanischen Eintheilung der Staaten, das gesammte Territorium des mexikanischen Reichs in fünfzig Departemente getheilt, während ein zweites, bezugs der militärischen Organisation des Landes, vom 16. dieses Monats, ähnlich den französischen Militärbezirken, das mexikanische Gebiet im Anschluß an die administrative Eintheilung in acht Militärdivisionen theilt, deren Hauptorte Toluca, Puebla, San Luis Potosi, Guadaluajara, Monterey, Durango, Merida und Culiacan sein werden. An der Spitze einer jeden dieser Divisionen wird ein General oder Oberst stehen, dem ein Major vom Genie, einer von der Artillerie, einer vom Generalstab, und ein Subalternoffizier zugetheilt werden. Die Divisionenchefs stehen direkt unter dem Kriegsministerium, während sie den Oberbefehl in ihren Distrikten und die militärische Gerichtsbarkeit ausüben.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 4. Mai. Verhandlungen der Ersten Kammer über die Zoll- und Handelsverträge in der 28. öffentlichen Sitzung vom 1. Mai d. J. (Fortsetzung der Rede des Geh. Rathes Dr. Buntzsch.)

Bekanntermaßen ist im Zollverein während langer Zeit kein Fortschritt gemacht worden, im Gegentheil eher einige Rückschritte, namentlich was die Tariffage betrifft. Jetzt zum ersten Male war man genöthigt, mit Frankreich diese Frage zu lösen, und es ist nun zwischen Preußen und Frankreich der Vertrag vereinbart worden, um dessen schließliche Annahme es sich gegenwärtig handelt. In diesem Vertrag sind die Tariffage, die bisher innerlich des deutschen Zollvereins bestanden, in vielen wichtigen Artikeln sehr erheblich herabgesetzt worden. Auf der andern Seite hat aber auch Frankreich sein Zollsystem, das früher beinahe ein Prohibitivsystem war, außerordentlich stark ermäßigt und so auch dort den deutschen Waaren einen großen Markt eröffnet, den sie bisher nicht hatten. Es versteht sich, daß im Einzelnen mannigfache Zweifel entstehen können, ob Dem so sei, und wir Alle sind nicht in der Lage, darüber ein sicheres Urtheil abzugeben zu können, es fehlen uns noch die Erfahrungen. Aber davon möchte ich warnen, es ist Nichts daran, daß in diesem Vertrag etwas Verderbliches enthalten sei, gerade wie in dem Vertrage Frankreichs mit England die Beforgnis unbegründet war, daß dieser Vertrag Frankreich ruinire. Uebrigens ist es, wenn man die Zahlen des neuen Tarifs überblickt, begreiflich genug, wie in einzelnen Kreisen von Industriellen lebhaftest Besorgnisse entstehen konnten, und dieselben durch sehr nahe liegende Motive zur Opposition getrieben wurden. So betrug z. B. für Baumwollen-Garne, wo zwei Kategorien bestanden, gröberes und feineres Garn, der Zoll früher 5 fl. 15 fr. und 14 fl., jetzt wurde er auf 3 fl. 30 fr. und 7 fl. herabgesetzt.

Dies ist allerdings sehr bedeutend, und Sie werden nun auch begreifen, warum eine Anzahl Baumwoll-Spinnereien vorzüglich den Kern der Opposition gebildet haben. Beiläufig gesagt, sind dies übrigens Spinnereien, die so schöne Dividenden abwarfen; daß die allgemeine nationale Gefahr nicht so groß ist, wenn statt 20 bis 25 Proz. jetzt nur 12 bis 14 Proz. zu vertheilen sind.

Dieses Unglück ist nicht so groß und im Uebrigen erhalten die Konsumenten dadurch billigere Waare. Sodann das Roh Eisen, früher mit 35 fr., jetzt mit 26 1/2 fr. per Zentner zu verzollen, Schmelzeisen 2 fl. 37 1/2 fr. und 4 fl. 22 1/2 fr., jetzt 1 fl. 27 1/2 fr., saconirtes Eisen 5 fl. 15 fr., jetzt 2 fl. 2 1/2 fr., größere Tischler-, Wagner- und Drechslerwaaren, früher 52 1/2 fr., sind jetzt ganz frei; gepulverte Möbel 17 fl. 30 fr., jetzt 5 fl. 50 fr., seidene Kleider und Seidenwaaren 192 fl. 30 fr., jetzt 70 fl., Handschuhe früher 77 fl., jetzt 23 fl. 30 fr., Porzellan früher 17 fl. 30 fr. und 43 fl. 45 fr., jetzt 3 fl. 3 1/2 fr. und 7 fl. Dies sind enorme Unterschiede, und es ist sehr begreiflich, wenn in Folge dessen ein Schreden bei einzelnen Fabrikanten entstand. Bei Alledem hat der schließliche Ausgang, wenn man den ganzen Verlauf der Dinge überblickt, bewiesen, daß die eigentliche Kraft der Opposition gar nicht in diesem industriellen Kreise lag, allerdings scheinbar, in den Zeitungen, im Publikum sah man darin immer nur die Fabrikanten, denn diese sagten: wir sind ruinirt, wenn der französische Handelsvertrag angenommen wird. Allein diese industriellen Kreise waren bloß Soldaten in andern Diensten, die man schießen ließ, auf Befehl, weil man für zweckmäßig erachtete, daß geschlossen werde, die aber auf Befehl ihre Flinte ruhig wieder niederlegten, sobald es für zweckmäßig gefunden wurde, vom Lärm abzulassen.

Der Beweis liegt darin, daß nach all dem furchtbaren Geschrei über die Gefahr der deutschen Industrie, als in Berlin die Erneuerung des Zollvereins verhandelt wurde, man sofort über diesen Tarif einig geworden ist, und alle diese Ansätze, welche so gefährlich schienen, sind ohne Widerspruch der einzelnen Regierungen und der Stände angenommen worden. Wenn es wirklich wahr wäre, daß die Industrie dabei zu Grunde ginge, warum hat man es gethan? Man sieht also deutlich, für das Publikum war die industrielle Opposition da; die eigentliche Opposition war aber eine politische, und diese ging von zwei politischen Momenten aus: einmal war sie von Oesterreich getragen und zweitens von einer Anzahl deutscher Mittelstaaten.

Oesterreich befohr allerdings nicht ohne Grund, und insofern war seine Opposition eine vollkommen berechtigte, daß, wenn der Tarif im Sinn des französischen Handelsvertrags so stark herabgesetzt werde, es mit diesem Zollsystem der deutschen Staaten nicht mehr in einer engeren Verbindung sein könne, denn es könne seinerseits nicht mehr folgen. Deutschland werde überhaupt mehr den westlichen Nationen sich anschließen, und sich in Folge dessen notwendiger Weise von Oesterreich mehr ablösen. Das ist wahr, das ist wirklich das Ergebnis. Man darf also der österröichischen Politik nicht über nehmen, daß sie sich dagegen genöthigt hat. Es wäre für sie allerdings wünschenswerther gewesen, wenn wir entschlossen wären, den Zollverein abzulassen von den westlichen Nationen, und uns fester zusammenzuschließen mit dem System des Ostens. Es ist dies aber nicht mög-

lich, die Kulturbedingungen sind nicht so gelegen, daß man auf diesem Felde weiter kommen könnte.

Das zweite politische Element war, daß einzelne deutsche Staaten in dem Vorzuge von Preußen, das in gewisser Beziehung allerdings einen moralischen Druck gelöst hat, eine Gefährdung ihrer Selbständigkeit und Souveränität sahen. Sie sagten, sie kämen so nach und nach unter die Hegemonie Preußens; und um diesem Gefühl zu folgen, wehrten sie sich gegen den französischen Handelsvertrag.

Zuletzt konzentrierte sich der Streit auf den § 31 des Handelsvertrags; man gab nach und nach die sämmtliche Industrie preis, allein den § 31 wollte man ändern. (Fortsetzung folgt.)

Baden.

Δ Mannheim, 5. Mai. Gestern ereignete sich bei dem Rhein-Brückenbau der dritte Unglücksfall. Ein mit 16 Personen beladener Nachen wollte über das quer durch den Rhein gespannte Tauhinderniß, da verwickelte sich eine Ruderschaukel durch unvorsichtige Führung mit demselben, der Kahn kippte um, die Mannschaft fiel in den Strom und 3 Mann ertranken.

Das Wechsel- und Bankgeschäft Rosenfeld und Levi hat gestern, das Landesproduktions- und Kommissionshaus Kirchner u. Komp. heute seine Zahlungen eingestellt. Ersteres hat durch Gegenmine bei amerikanischen Papieren den Bankbruch herbeigeführt; Beide aber durch ihr Verfahren gegen Depositive und Wechselgläubiger die Anschuldigung betrügerischen Bankrotts auf sich geladen: Gegen den fälligen Rosenfeld und den einen Chef des letztgenannten Handelshauses, Sedmann, findet gerichtliche Verfolgung statt; Levi aber ist gestern zur Haft genommen worden.

Heute eröffnete der lyrische Tenor Hr. Walter aus Wien sein Gastspiel als George Brown in der „Weißen Dame“.

Vermischte Nachrichten.

— Gotha, 2. Mai. (Weim. Ztg.) Am 7. und 8. Juni d. J. wird die Generalsynode der sämmtlichen freireligiösen Gemeinden Deutschlands hier abgehalten werden.

In Wien beschäftigt ein Industrieller ein Dienstfrauen-Institut zu errichten. Es sollen 200 solcher Frauen in der Stadt und den Vorstädten aufgestellt werden. Die Frauen haben die Bestimmung, in den verschiedenen Häusern das Aufwaschen, Holz- und Wassertragen, Bügeln &c. zu besorgen; sie werden uniformirt, bürgen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben, und erhalten eben wie die Dienstmänner ihre Standplätze und Marken.

— Aus New-York wird geschrieben: Hier in Brooklyn, Jersey City, Hoboken und vermuthlich auch in allen andern Städten und Dörfern der loyalen Staaten ist kaum ein Haus, für welches nicht 20 bis 500 Yards Mouffeline, Crêpe &c. zur Dekorirung gebraucht wurde, ebenso sieht man wenig Damen und Herren, die nicht eine Trauerfarbe, Rolette oder Schärpe tragen.

— Des Präsidenten Johnson's Familie wohnt gegenwärtig in Nashville, Tennessee. Sein Sohn Robert ist 29, sein Sohn Andrew 12 Jahre alt; sein Sohn Karl fand als Militärarzt im Jahr 1863 seinen Tod durch einen Sturz vom Pferde. Einer seiner Schwiegeröhne, Oberst Stover, fiel an der Spitze seines Regiments in der Schlacht bei Nashville, am 18. Dez. v. J.; sein 3. Schwiegerohn ist Richter Patterson in Nashville. Die vielen Drangsale und Verfolgungen, von denen der unionstreue Johnson und seine Familie während der südstaatlichen Militärherrschaft in Tennessee heimgesucht worden sind, haben die Gesundheit der Frau Johnson so sehr erschüttert, daß an ihrer Stelle wahrscheinlich die Tochter, die Wittwe des Obersten Stover, dem Haushalt des Präsidenten vorstehen wird. Folgende Worte eines Korrespondenten, welcher Hr. Johnson vor dessen Wahl zum Vizepräsidenten in Nashville besuchte, haben, im Juli vorigen Jahres geschrieben, jetzt ein doppeltes Interesse gewonnen: „Ich fand in Andrew Johnson einen ruhigen einfachen, nichts weniger als anmaßenden Mann, von mittlerer Größe, mit breiter, wohlgebauter Stirn und intelligenten Zügen. In der Unterhaltung war er bescheiden und gemessen. Er besagte die Lage des Volks, den Druck, den die Aristokratie ausübte, den Mangel einer Mittelklasse; aus Allem, was er sagte, sprach Ehrgefühl und ein praktischer Blick. Wenn die Wahl auf ihn fällt, so wird Lincoln eine tüchtige, verlässliche Stütze an ihm haben, und sollte Lincoln durch den Tod seinem Wirfungskreis entzogen werden, einen tüchtigen und weisen Nachfolger.“

Der neue Vizepräsident der Ver. Staaten, welcher jetzt an Johnson's Stelle den Präsidentenstuhl des Senats einnimmt, ist Hr. Lafayette S. Foster, geb. 1806 in Franklin (Connecticut), ein direkter Abkömmling des berühmten, von Longfellow gefeierten Führers der alten Puritaner in den Kriegen des jungen Neu-England, Miles Standish. Er studirte auf der Universität von Rhode-Island die Rechte, ward zum Mitglied der Legislatur von Connecticut und im Jahr 1855 in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt, in welchem er sich nicht so sehr durch glänzende Beredsamkeit, als durch seine Geschäftkenntnis und Thätigkeit in Kommissionen auszeichnete. Vor seiner letzten Vertagung ernannte ihn der Senat zum stellvertretenden Präsidenten, und als solcher tritt er jetzt den Bestimmungen der Verfassung gemäß an Johnson's Stelle als erster Präsident des Senats und Vizepräsident der Vereinigten Staaten.

* Southampton, 3. Mai. Das Post-Dampfschiff des Nordb. Lloyd „New-York“, Kapl. G. Wenke, welches am 22. April von New-York abgegangen war, ist heute 2 Uhr Nachmittags nach einer schnellen Reise von 10 Tagen wohlbehalten unweit Cowes eingetroffen und hat um 5 Uhr Nachmittags die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der Post 323 Passagiere (108 in erster, 99 in zweiter Kajüte, 116 im Zwischendeck) und 200 Tonn Ladung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	4. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27	11.63	+ 11.0	S.W.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2 „	28	10.30	21.5	„	„	Sonnensch., warm
Nachts 9 „	29	10.34	16.0	„	„	mondbell, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 7. Mai. 2. Quartal. 63. Abonnementsvorstellung. Das Nachtlager in Granada; romantische Oper in 2 Akten, von E. Kreuzer.

3.v.698. Nr. 221. Karlsruhe.

Bekanntmachung. Landesgewerbehalle.

Die Herren Gewerbetreibenden, welche Gegenstände zur Ausstellung in der Landesgewerbehalle schon bei deren Eröffnung bringen wollen, werden veranlaßt, diese Gegenstände in der Zeit von Montag den 8. Mai bis Donnerstag den 11. Mai d. J. abzuliefern.

Karlsruhe, den 5. Mai 1865. Großh. bad. Landesgewerbehalle. Dieb.

3.v.687. Donaueschingen.

Erledigte Gehilfenstelle.

Die diesseitige Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 400 fl. wird erledigt und soll alsbald wieder besetzt werden.

Donaueschingen, den 4. Mai 1865. Fürstlich Fürstbergische Brauereiverwaltung.

Stellegefuch. 3. v. 569.

Ein junger Mann, reiferen Alters, der mehrere Jahre in einem Blättertabak-Geschäft in Mannheim als Einkäufer und Magazinier servierte, auch mit den übrigen Comptoir-Arbeiten vertraut ist, sucht ähnliches Placement.

Karlsruhe, den 4. Mai 1865. Louis Steurer in Karlsruhe.

Offene Lehrstelle.

In meinem Kolonialwaaren-, Landesprodukten- und Effekten-Geschäft ist für einen mit den nöthigen Schulkenntnissen versehenen jungen Mann eine Lehrstelle frei. Kost und Wohnung im Hause gegen billige Vergütung.

Louis Steurer in Karlsruhe.

Heilung der Lungen- und Nierenkrankheiten.

(Tuberculose) naturgemäß, ohne innerliche Medizin. Adresse: 14 poste restante Coburg. (Franco gegen franco.)



3.v.999. Karlsruhe. Hausversteigerung. Auf Antrag der Erben des Buchhändlers J. B. Auerbach...

3.v.111. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.122. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.133. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.144. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.155. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.166. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.177. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.188. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.199. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.210. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.221. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.232. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.243. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.254. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.265. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.276. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.287. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.298. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.309. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.320. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.331. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.342. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.353. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.364. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

3.v.375. Karlsruhe. Hausversteigerung. Aus dem Nachlaß der Wittne des Küblermeisters Georg Bernhard Haug...

Französisch-deutscher Handelsvertrag! = Paris. =

Der neue Handelsvertrag wird den kommerziellen und internationalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine unberechenbare Ausdehnung verleihen. - Es ist deshalb im Interesse der deutschen Fabrikanten, Industriellen und Produzenten überhaupt, sowie der Kommissionäre, Agenturen, Gasthöfe etc., ihre Produkte, ihre Offerten und Adressen dem französischen Publikum bekannt zu geben.

Das Central-Publicitäts-Bureau E. Bernau, 29 rue des Bons Enfants, Paris.

3.v.667. 3.r.883. Raftatt. Regenschaftsversteigerung.

Aus dem Nachlaß der Schiffwirth Georg Bestermann's Wittve, Engelberta, geborne Hüblinger, von Steinmauern werden der Erbtheilung wegen am Dienstag den 23. Mai d. J. Morgens 10 Uhr anfangend, im Garkhaus zur Sonne in Steinmauern die nachstehenden Regenschaften öffentlich versteigert und der Zuschlag erteilt, wenn mindestens der Anschlag geboten wird.

3.v.668. Karlsruhe. Eine zweifache Behausung mit der Realwirtschaftsgerechtigkeit zum Schiff, nebst besonders liegendem Langsaal, Scheuer, Stallungen auf 82,3 Ruthen Hausplatz und Hofstätte mitten im Dorfe Steinmauern, einer, das Delgäßchen, ander, die Straße, Anschlag 2600 fl.

3.v.669. Karlsruhe. Eine einständige, neuere Behausung, nebst Scheuer, Stallungen, Hofstätte und Garten, zusammen 81,8 Ruthen, mitten im Dorfe Steinmauern, einer, Peter Jung, ander, das Delgäßchen, vorn die Straße, pro 2500 fl.

3.v.670. Karlsruhe. 22 Morgen 121,8 Ruthen Garten, Ackerfeld und Wiesen in 50 Parzellen, auf den Gemarkungen von Steinmauern und Dellgäßchen, pro 7570 fl. Raftatt, den 25. April 1865. Großh. Notar Wallraff.

3.v.671. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

Für die Bahnhöfe Lahr und Dinglingen soll die Lieferung von drei Drehscheiben mit je 20 Fuß Durchmesser und einer dünnen Schiebepöhle von 17 Fuß Länge im Submissionswege vergeben werden.

3.v.672. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.673. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.674. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.675. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.676. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.677. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.678. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.679. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.680. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.681. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.682. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.683. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.684. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.685. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

3.v.686. Karlsruhe. Lieferung von Drehscheiben und Schiebepöhlen.

dem Ergebnis der Untersuchung gefüllt würde. Zugleich bitten wir, auf den Angekündigten zu fahnden und ihn auf Betreten hierher abzuliefern.

3.r.2. Nr. 2170. Haslach. (Diebstahl und Fahndung.) Am 26. v. Mts., Nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr, wurden aus der Behausung des Schuhmachers Wendelin Oberst von Welschensteinach nach vorausgegangener Erbrochung der Kammerthüre folgende Gegenstände entwendet:

1) Ein Zuegel von schwarzem Kalbleder, enthaltend 37 preuß. Thaler, 1 Kronenbaler (Schwertbaler), 1 fünffrankenstück, 7 bis 8 Einguldenkreuzerstücke, 6 bis 8 Guldenstücke, 3 bis 4 Halb Guldenstücke;

2) ein kleiner Zuegel von Rindleder, enthaltend beiläufig 6 Gulden, darunter ein Dreißigkreuzerstück, 2 Scher, Großen, große und kleine Kreuzer;

3) ein Doppelpistole mit eisendrahtenen Kästen und einem zerbrochenen Rindleder; 4) zwei rote und gelbe, baumwollene, gedruckte Sacktücher, 30 fr.; 5) 1/2 bis 2 Pfund Seid, endlich 6) eine Schweinezunge.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit unbekanntem Täter. Haslach, den 4. Mai 1865. Großh. bad. Amtsgericht. T h i l o.

3.r.995. Nr. 3695. Meerzbürg. (Aufforderung.) Robert Gehrt von Marzdorf, Soldat des großh. II. Füsilierbataillons in Mannheim, hat sich unerlaubt aus dem Urlaubsorte entfernt und ist dessen Aufenthalt unbekannt. In Folge Antrags der großh. Staatsanwaltschaft wird derselbe der Verurteilung angeklagt, wegen dieses Vergehens als Angeklagter behandelt und aufgefördert, binnen 14 Tagen dabin zu erscheinen und sich zu rechtfertigen, widrigenfalls das Erkenntnis nach Lage der Akten gegen ihn gegeben würde.

Meerzbürg, den 28. April 1865. Großh. bad. Amtsgericht. S i e b.

3.v.645. Konstantin. (Eugenverlobung.) Der Aufenthaltort des Florian Decker von Nordbrach, welcher als Reuge einvernommen worden ist, ist unbekannt. Es werden deshalb die resp. Behörden ersucht, solchen zu ermitteln zu suchen und ein etwaiges Ergebnis anher mitzutheilen.

Konstantin, den 2. Mai 1865. Kommandant der 1. Gendarmen-Division. D e i t t i n g e r, Major.

3.r.987. Nr. 3360. Achern. (Aufforderung.) Papierfabrikant Adolph Stemmler von Oberachern ist des Betrugs gegen Gläubiger, § 465 St.G.B., angeklagt. Derselbe ist flüchtig und wird aufgefördert, sich binnen 3 Wochen dabin zu stellen, als sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt.

Achern, den 3. Mai 1865. Großh. bad. Amtsgericht. S i m m e l.

3.v.605. Achern. (Gehilfenstelle.) Unsere dritte Gehilfenstelle mit 400 fl. Gehalt soll bis 15. Juli l. J. mit einem geliebten Kammerleutnant besetzt werden. Bewerber wollen sich um Anschlag ihrer Zeugnisse anher melden.

Achern, den 1. Mai 1865. Großh. Oberrechner.

Table with columns: Frankfurt, 4. Mai 1865, Staatspapiere, Anleihen-Lose, Wechsel-Kurse. Lists various financial instruments and their prices.